

>>> "Presseservice SPD-THL.DE" <presseservice@spd-thl.de> 10/07/08 3:44 >>>
Presseerklärung
Erfurt, 7. Oktober 2008

Verfassungsgerichtshof stellt Kommunalabgabengesetz auf den Prüfstand:
SPD-Politikerin Taubert hofft auf klare Bewertung durch die Richter

Mit Blick auf die heutige Verhandlung beim Thüringer Verfassungsgerichtshof über das Kommunalabgabengesetz und ein knappes Jahr vor der Landtagswahl warnt SPD-Politikerin Heike Taubert die CDU-Landesregierung vor großzügigen Wahlgeschenken: *Die Wähler lassen sich nicht mit fragwürdigen Beruhigungspillen kaufen." Taubert erinnert an die Abschaffung der Wasserbeiträge durch die Regierung Althaus vor der Landtagswahl im Jahr 2004. *Der darauf folgende knappe Wahlsieg der CDU war teuer erkauft. Wir - die Steuerzahler - mussten und müssen dafür nach wie vor tief in unsere Taschen greifen", sagt Taubert.

In 30 Jahren würden sich die Kosten für die Abschaffung der Wasserbeiträge für den Freistaat auf 1 Milliarde Euro summiert haben. Eine Rechnung, für deren Begleichung jeder Thüringer Steuerzahler mit aufkommen müsse. Dies habe offenbar auch Thüringens Innenminister Scherer erkannt. Nicht ohne Grund und mit Blick auf die damalige Abschaffung der Wasserbeiträge habe er in der heutigen Verhandlung in Weimar geäußert, dass schlussendlich *immer und in jedem Falle der Bürger zahlen" müsse.

Die Sprecherin für Kommunales der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag hofft, dass die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs für Klarheit in der Abwasser- und Wasserproblematik im Freistaat sorgt. In diesem Zusammenhang sei aber nicht nur die mit der Abschaffung der Wasserbeiträge einhergehende Kostenfrage interessant. Die CDU-Landesregierung habe mit ihrem Vorgehen tief in die kommunale Selbstverwaltung eingegriffen. Taubert hofft, dass das Gericht auch in dieser Frage eine klare Position einnimmt.

Nicht zuletzt gehe es um eine praktikable Lösung für die Thüringer Wasser- und Abwasserzweckverbände.

Franziska Friedrich
Pressereferentin